

„Wo beginnt die Erzählung? – Übergänge und Zwischenzeiten in Narrativen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ 11. Ost-westeuropäisches Gedenkstättenseminar Kreisau

Datum, Ort: 20.-23. März 2013, Internationale Begegnungsstätte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung Krzyżowa (Kreisau), PL

Veranstalter: Gedenkstätte Stiftung Kreisau, Evangelische Akademie zu Berlin, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität/Warschau, in Verbindung mit der Kreisau-Initiative Berlin e.V.

Gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Bericht: Claudia Schäfer, Evangelische Akademie zu Berlin

Das 11. ost-westeuropäische Gedenkstättenseminar in Kreisau widmete sich Ereignissen der europäischen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und ihrer Wirkungsgeschichte in den unterschiedlichen Ländern Europas. Wie werden in Gedenkstätten, Ausstellungen oder Veranstaltungen jeweils die Perspektiven der beteiligten und benachbarten Gesellschaften aufgenommen? Wie stellte sich die Entwicklung der Politik in den einzelnen Ländern dar? Was trennt die Wahrnehmungen und was verbindet sie? Diese und andere Fragen diskutierten etwa 50 Wissenschaftler, Gedenkstättenmitarbeiter und „Aufarbeiter“ aus Deutschland, Polen, Russland, der Ukraine, Frankreich und Österreich.

Die Einführungsvorträge zum Thema „Europäische Übergänge – drei Perspektiven“ hielten Dr. Oleksandr Zajcev (Lemberg), PD Mag. Dr. Heidemarie Uhl (Wien) und Prof. Dr. Ulrich Pfeil (Metz).

Dr. Zajcev gewährte in seinem Vortrag **„Das Jahr 1938 in seiner Bedeutung für die Ukraine mit Seitenblicken auf Ungarn und die Slowakei“** Einblicke in seine Forschung zur Bedeutung des Jahres 1938 für die ukrainischen Nationalisten.

Bereits 1938 stellte ein führender ukrainischer Nationalist fest: „Ganz Europa ist ein Vulkan. Wir haben viel zu gewinnen, wenig zu verlieren.“ In dieser Atmosphäre herrschte laut Zajcev die Meinung vor: Wenn der Krieg ausbricht, muss ein Aufstand ausgelöst werden, um die Frage der ukrainischen Staatlichkeit voranzubringen. Auf der Suche nach Verbündeten stieß man bereits in den 20er und 30er Jahren auf Deutschland, das mit der Losung: „ein Volk, ein Staat, ein Führer“ das umzusetzen schien, was sich die Ukrainer erhofften. Darüber hinaus war eine Revision des Versailler Vertrags in beider Staaten Interesse, sodass die ukrainischen Nationalisten den Expansionsdrang der Deutschen wohlwollend beobachteten. Die Radikalisierung der ukrainischen Nationalisten schritt daraufhin schnell voran, wie sich etwa an ihrer Kriegsdoktrin zeigt: Sie glaubten mit einem Aufstand, Hitler zwingen zu können, ihre Ziele zu akzeptieren. Beim Lesen der Originaltexte spüre man jedoch, so Zajcev, dass die Verfasser sich ihrer eigentlichen, katastrophalen Lage bewusst waren. Die Ereignisse von 1938 endeten für die ukrainischen Patrioten tragisch. Das Streben nach einer unabhängigen Ukraine war angesichts der Machtpolitik der Sowjetunion und der Kriegsführung der Wehrmacht aussichtslos.

Dr. Zajcev beantwortete die Frage nach dem Umfang der Bewegung und ihrem Rückhalt mit Verweis darauf, dass der radikale Flügel auch in der Westukraine keine leitende Bewegung war. Auf dem Gebiet Polens gab es etwa 8000 Anhänger. Der radikale Flügel spielte eine bedeutendere Rolle als alle anderen.

Details über den Terror 1937/38 in der sowjetischen Ukraine wurden außerdem gut verbreitet und die Ukrainer im polnischen Staat wussten viel. Die Tragödie des ukrainischen Volks in der sowjetischen Ukraine war der Hauptgrund für die Radikalisierung der ukrainischen Nationalisten. Vor allem seit 1933 gab es viele Flüchtlinge, die Informationen nach außen trugen, aber auch Desinformation durch westeuropäische Journalisten in der Sowjetunion, so etwa durch einen amerikanischen Journalisten, der den Holodomor leugnete.

In ihrem Vortrag „**Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus?**“ schilderte PD Mag. Dr. Heidemarie Uhl die geschichtspolitische Debatte in Österreich und deren museale Aufarbeitung. Die Terminologie der österreichischen Geschichtsforschung seit 1988 für die Ereignisse von 1938 ist „Anschluss von Innen“ oder „Machtergreifung von innen und von unten“. Seit 1945 hat eine Transformation des Blicks auf das Jahr 1938 stattgefunden, die wie folgt zusammengefasst werden kann: „Von der Opferthese zur Mitverantwortungsthese“. Bedeutender Auslöser dieser Entwicklung war die Causa Waldheim von 1986, die die Opferthese massiv in Frage stellte. Der Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzung war 1988 erreicht. 1990 erfolgte zwar der EU-Beitritt, eine europäische, normative Synchronisation des Geschichtsbildes fand jedoch nicht statt.

Die Referentin warf daher die Frage auf: Ist Österreich so anders als andere europäische Staaten? Ihre Antwort: Sowohl als auch. Ob es ein europäisches Muster des Umgangs mit den Vergangenheiten gibt, erforschte insbesondere Tony Judt und prägte dabei den Begriff der „europäischen Nachkriegsmythen“. Für Österreich bestanden diese insbesondere aus der Selbstversicherung: „Alles Böse kam von außen“ sowie in der Berufung auf den Widerstand als Legitimation des neuen Staates. Worin unterscheidet sich Österreich nun? Bei der Beantwortung dieser Frage unterstrich die Referentin insbesondere die folgenden Punkte: Der Einmarsch der Wehrmacht war keine militärische Okkupation, sondern ein „Blumenfeldzug“. 500.000 Österreicher waren Anwärter auf eine NSDAP-Mitgliedschaft, prozentual mehr Personen als im Reich. Die Österreicher waren außerdem Teil der Wehrmacht und damit Teil des Vernichtungsapparats.

Bereits 1946 kam es zu einer ersten Ausstellung mit dem Titel „niemals vergessen“ und einer Sinnzuschreibung an den Nationalsozialismus als historischem Bezugspunkt. Da NSDAP-Mitglieder zunächst nicht wahlberechtigt waren, durften sie erst 1949 wieder wählen und die FPÖ-Vorläuferpartei erhielt daraufhin 10%. In der Folge buhlten die beiden großen Parteien um das Stimmreservoir der Nationalsozialisten, was die Geschichtspolitik des neuen Staates prägte.

Im Kalten Krieg wurde Antifaschismus durch Antikommunismus abgelöst. Da der Widerstand kommunistisch dominiert war, konnte er nicht in den Diskurs eingegliedert werden. Sogar der KZ-Verband war als Opferverband diskreditiert. Fahrten in das KZ Mauthausen mit Schulklassen müssen noch vor 20 Jahren als mutig eingestuft werden. Die ehemaligen kommunistischen Häftlinge betrieben diesen internationalen Ort in weitgehender Isolation. Es ist vielmehr der brennende Stephansdom, der den Opferstatus des katholischen Österreichs symbolisiert.

In den 80er Jahren kam der gesellschaftliche Konsens durch generationelle Grundsatzdebatten ins Wanken. Die Widersprüche zwischen Nachkriegsmythos und Wahrnehmungsgeschichte bilden dabei die Sollbruchstelle: In Österreich verteidigte sich Kurt Waldheim mit dem denkwürdigen Satz: „Ich habe meine Pflicht als Soldat getan, so wie 100tausende Österreicher“. Außerdem gab es lange keine Entschuldigung für die Demütigungen der

jüdischen Bevölkerung. Erst 1991 folgte die erste offizielle Verlautbarung und die Übernahme von „Mitverantwortung am Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, aber Bürger dieses Landes über andere Menschen gebracht haben“. Allerdings fangen gerade bei der Mitwirkung der Gesellschaft in vielen Bereichen des NS-Systems die konkreten Fragen nach Meinung der Referentin erst an.

Das Gespräch mit dem Publikum umfasste Fragen nach dem Identitätsaufbau und Abgrenzungen eines „Landes ohne Eigenschaften“, nach dem Anstoß für den Umbruch und ob dieser eher von außen (Waldheim/EU-Beitritt) oder aus der Gesellschaft kam. Außerdem wurde die Frage gestellt: Wie konnte sich der Opfermythos trotz der offensichtlichen Widersprüche so lange halten? Wie wurde mit Gefallenengedenken umgegangen?

Hier ist laut Uhl die Abgrenzung zu Deutschland ein wesentlicher Punkt für österreichische Identität – das ländlich-konservative wird die bezeichnende Zuschreibung. Außerdem sieht sie den „Klassiker der Externalisierung“ am Werk: Die österreichische Geschichte endet in der Selbstwahrnehmung 1938 und beginnt 1945 wieder. Dazwischen ist deutsche/europäische Geschichte. Kollaboration spielte dabei als Begriff keine Rolle. Kriegsverbrecher wurden sofort externalisiert und als Deutsche bezeichnet. Die Strafverfolgung war darüber hinaus nur direkt nach dem Krieg streng. Nach 1948/49 gab es fast nur Freisprüche und nach 1945 eine Generalamnestie. In der Unabhängigkeitserklärung liest man von einer „kleinen Schicht von hochverräterischen Nazis“. Die Historiker haben sich darüber hinaus in all der Zeit am Ständestaat abgearbeitet und waren überrascht von der gesellschaftlichen Wende.

Insbesondere in einer Frage von Herrn Zajcev wurde der ost-west-europäische Aspekt des Seminars deutlich. Der Referent nahm Bezug auf eine Folie von Frau Uhl, die die Verfolgung der Juden und zufriedene Österreicher in Wien zeigt. Viele Ukrainer schauten mit Schmerzen auf Informationen über ihre eigene Mitwirkung bei Unterdrückung und Eroberung, so Zajcev. Viele seien der Auffassung, dass sich Historiker mit der Existenz von historischen Mythen abfinden sollten, um Patrioten zu sein. Gelte es nicht vielmehr eine neue europäische Ideologie der Pluralität zu schaffen? Sollten Historiker Wächter der ukrainischen Geschichte sein und positive wie traumatische Erlebnisse der Jugend mitteilen? Dann würden sie jedoch beschuldigt, die nationale Identität zu unterminieren. Was würde Frau Uhl ukrainischen Historikern im Umgang mit diesen Umständen raten?

Daraufhin legte Uhl dar, dass es um die Verhandlung verschiedener Positionen und Impulse, die sich aus transnationalen Diskursen ergeben, gehe. Solche Interventionen (etwa die Tony Judts) und diese Vielstimmigkeit seien sehr hilfreich und hätten in Österreich Augen geöffnet. Vertrauen sollte in die Verhandlungen zwischen den Positionen gesetzt werden. Generell habe sie ein schlechtes Gefühl, wenn westeuropäische Kollegen den osteuropäischen Kollegen Hinweise geben wollen. Auch in Österreich hat der Prozess 40 Jahre gedauert.

Zum Abschluss führt Uhl den Begriff des „negativen Gedächtnisses“ ein – wie konnten Verbrechen aus unserer eigenen Gesellschaft entstehen? Was hat das mit uns heute zu tun – das ist aus ihrer Sicht hochrelevant, denn es geht um die übergreifende Frage: Was können Menschen Menschen antun?

Ulrich Pfeil beleuchtete in seinem Vortrag **„50 Jahre Elysée-Vertrag von 1963 als Wegmarke der europäischen Integration“** Mythen – Narrative – Meistererzählungen und den Slogan des „Erinnerungshypes“ der letzten Monate: „Von der Erbfeindschaft zur Erbfreundschaft“. Er stellte sich eingangs die Frage: Begann alles mit Bundeskanzler Adenauer und dem General de Gaulle oder gab es vorher schon etwas?

Die engen Beziehungen zwischen deutsch-französischer Aussöhnung und europäischer Integration sind offensichtlich. Der Elysée-Vertrag von 1963 konnte nur glaubwürdig die deutsch-französische Versöhnung besiegeln, wenn deren Wirken ab der unmittelbaren Nachkriegszeit ansetzt. „Männer guten Willens“ waren sich bewusst geworden, dass der

Begriff Erbfeindschaft ein Konstrukt war. Ihnen war bewusst, dass man gegen die Erbfeindschaft bewusst angehen muss. Einige Beispiele hierfür sind:

- Französische Besatzungszone nach dem 2.WK. Grundlagen für die Aussöhnung
- Universität Mainz durch die Franzosen neugegründet. Neue Führungseliten nach französischem Vorbild ausbilden (Alfred Döblin)
- Jugendaustausch/ Deutsch-Französisches Jugendwerk/Jugendbegegnungen ab 1946 in der Schweiz (Vertrauensaufbau)

Als erleichternder Faktor kann das gemeinsame Feindbild Sowjetunion im Kalten Krieg gelten, das das Feindbild Deutschland aus französischer Sicht in die zweite Reihe versetzte. Es handelt sich daher nicht um eine rein bilaterale Geschichte, sondern eine, die eingebettet ist in den Kalten Krieg, die europäische Integration und transatlantische Beziehungen.

Schuman, Adenauer und andere waren Personen, die für Grenzfragen sensibilisiert waren und tief verwurzelt in der katholischen Konfession waren. Das „Katholische Abendland“ als Narrativ, das mit dem Rhein als Grenze brechen sollte, spielt daher eine wichtige Rolle. Geschichte sei nicht nur ein Element der Instrumentalisierung und Mythologisierung, sondern auch ein Element, das zur Annäherung der beiden Länder beigetragen habe. Dies taten außerdem „interkulturelle Mittlerpersönlichkeiten auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene“ aus dem katholischen Rheinland und deutsche Juden, die nach Frankreich emigrierten und dort nach 1945 blieben, wie Alfred Grosser und Joseph Rovin. Sie waren aufgrund ihrer Herkunft und Denkschule moralische Autoritäten in Frankreich, die es möglich machten, den Deutschen die Hand zu reichen. In der DDR prägten Rückkehrer, die etwa als Kommunisten in der Résistance gekämpft hatten, die deutsch-französische Gesellschaft.

Neben Mittlerpersönlichkeiten müssen die Städtepartnerschaften/Jumelages als prägender Faktor genannt werden. 1950 erste Städtepartnerschaft zwischen Ludwigsburg/Montbéliard, dessen Bürgermeister im KZ war. Viele dieser Bürgermeister berichten, dass sie Kontakte zu deutschen Demokraten im KZ hatten und daher Annäherung suchten. Heute haben Deutschland und Frankreich die größte Menge an Partnerschaften, überaltern aber aktuell. Immer wieder wird diese gewachsene Freundschaft als Exportmodell für andere Länder, etwa nach den Balkankriegen, nachgefragt. Die Verbreitung von Modellen sollte jedoch behutsam vorgenommen werden. Heute findet dies eher in Form eines „deutsch-französischen Werkzeugkasten“ mit Städtepartnerschaften, Jugendwerk, deutsch-französischen Geschichtsbuch etc. statt. Es ist das erste Mal, dass zwei Länder ein Schulgeschichtsbuch geschrieben haben und dieses Projekt wird aufmerksam beobachtet, etwa in Japan und Korea. Das deutsch-polnische Pendant wird in 2-3 Jahren fertiggestellt.

Die Fragen aus dem Publikum beantwortend fügte der Referent noch hinzu, dass „arte“ im deutsch-französischen Werkzeugkasten die Rolle eines europäischer Kulturkanal spiele, der kulturelle Unterschiede/Mentalitäten kontinuierlich über alle Themenfelder aufgreift, nicht zuletzt auch in den Hauptnachrichtensendungen.

Die DDR wird in der Betrachtung der deutsch-französischen Beziehungen zunehmend wichtiger, was nicht zuletzt ein Sammelband unter diesem Titel und die Publikationen des Referenten selbst verdeutlichen. Die Dreiecksbeziehung werde etwa von Doktoranden heute selbstverständlich aufgenommen, was ein echter Fortschritt sei. Es gäbe allerdings nach wie vor eine gewisse Angst, mit Einbeziehung der DDR den Prozess zu delegitimieren oder die DDR zu legitimieren.

Bis hin nach Armenien und Bergkarabach wird Pfeil mit den Erfahrungen aus dem deutsch-französischen Verhältnis angefragt.

Am Mittwochnachmittag standen „**die polnisch-tschechischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit**“ im Mittelpunkt, über die Dr. Grzegorz Gąsior referierte. Im Kontext der Totalitarismen, die über Europa rollten, könne das polnisch-tschechische Verhältnis als

Lapalie gelten. Während des 1. WK strebten beide Völker nach Unabhängigkeit und man dachte, die Teschener Frage vertagen zu können. Als die Habsburgermonarchie jedoch zusammenbrach, erklärte der Nationalrat die Zugehörigkeit zu Polen, aber das Organ im anderen Teil Teschens die Zugehörigkeit zur Tschechoslowakei. Die Aufteilung folgte: ein Viertel fiel an die Tschechoslowakei, drei Viertel an Polen. Bis heute arten die Diskussionen zwischen Historikern beider Seiten bisweilen zu Gerichtsverhandlungen aus. 1918 sollten sich die Regierungen einigen, aber dazu kam es nie. Die Frage blieb: Hatten die lokalen Behörden überhaupt das Recht, das Land untereinander aufzuteilen? Polen betonte stets den ethnographischen Charakter des Landes, für die Tschechen hatten Bahnlinie, Kohlezechen und Stahlwerke eine große Bedeutung. Die Vorbereitungen eines Volksentscheides zogen Gewalt nach sich und der Volksentscheid erschien unmöglich. Man verständigte sich daraufhin auf eine Schlichtung. Schließlich wurde das Land 1920 in Paris hälftig aufgeteilt. Zu einer Kooperation und Annäherung ist es nie gekommen und der Konflikt um das Teschener Land weckt bis heute große Emotionen.

Zu einer Wende kam es erst 1934 mit der Verschlechterung der Beziehung und offener Feindschaft. So wurden etwa Einstellungen polnischer Minderheitsangehöriger vom tschechischen Schulbesuch der Kinder abhängig gemacht. Nach dem Münchner Abkommen von 1938 stellte die polnische Seite fest, dass die ihre Forderungen nicht erfüllt wurden. Polnische Truppen marschierten ein und besetzten das umstrittene Gebiet.

In kommunistischer Zeit konnte man über diese Vorfälle nicht sprechen und 1989 kochten die Emotionen wiederum hoch. Heute gibt es größere Offenheit und ein gemeinsames Lehrbuch. Zusammenfassen kann festgehalten werden, dass die Länder nicht zusammenfanden, obwohl die eigentliche Gefahr schon längst aus Deutschland kam.

Im Rahmen der Fragerunde wurde die Rolle des Teschener Gebietes als große Enklave der evangelischen Kirche in Polen diskutiert. Aufgrund dieser starken Rolle der evangelischen Kirche, gab es keine einheitliche Haltung der katholischen Kirche in diesem Konflikt.

In seinem zweiten Vortrag **„Der Weg aus Krieg und Besatzung: Frankreich 1944/45“** sprach Prof. Dr. Ulrich Pfeil davon, dass Kriege zwar an einem bestimmten Tag offiziell endeten, dass aber Demobilisierung und Verletzungen über dieses Datum fort dauern. Damit stelle sich die Frage, „Wann endet ein Krieg wirklich?“ Dazu sprang der Referent inhaltlich vom Tagungsort Kreisau in die Normandie, eine Region, die im zweiten Weltkrieg am stärksten von Rückzugsgefechten der Wehrmacht zerstört wurde. Nach der Landung der Alliierten am sogenannten „D-Day“ 1944 wurde die Gegend durch Bombardierungen und Gefechte schwer verwüstet. Orte der Erinnerung sind heute Kriegsgräber, Soldatenfriedhöfe, und offizielle internationale Feierstunden. Dabei verwies Pfeil auf den Umstand, dass gerade in der Sprache eine gewisse „Unbelehrbarkeit“ fortlebe. So werde noch immer von Invasion statt Landung gesprochen. Auch werde die Zerstörungen der Wehrmacht zugeschrieben und ein historisches Missverständnis aufrecht erhalten, da die zerstörerischen Bombardements von der britischen Royal Air Force ausgeführt wurden. Dennoch verbinden sich im nationalen Gedächtnis keine Opfer mit den Befreiern. Erst allmählich beginnt sich ein Verständnis zu entwickeln, z.B. in Städten wie Caen, LeHavre, St Lo oder Rounen. Dazu trug auch der Austausch durch die deutsch-französischen Städtepartnerschaften (Jumelages) bei.

Dennoch herrsche in Frankreich das gemeinschaftliche Gefühl, das eigene Land sei stärker zerstört worden als Deutschland. Besonders deutlich sind die Bilder der zerstörten Seine-Brücken und des beschädigten Schienennetzes im kollektiven Gedächtnis präsent. Nicht zu leugnen sind dagegen die Folgen der Hungersnot von 1944 und der Unterversorgung in den Nachkriegsjahren. So konnte statistisch ermittelt werden, dass die Jugendlichen der

Nachkriegszeit 7-11cm kleiner und 7-9kg leichter waren als die Jugend der Vorkriegsjahre. Auch existierten Lebensmittelkarten in Frankreich weitaus länger als in Deutschland.

In Deutschland hielt sich dagegen der Mythos, dass es den Franzosen bereits sehr viel besser ginge. Aus einer Realitätsverweigerung heraus hielten sich Mythen wie zum Beispiel der der „Franzosenhiebe“. So glaubte man, dass Holz aus dem Schwarzwald geschlagen werde und nach Frankreich transportiert würde.

Während die Befreiung Frankreichs voranschritt, kam es gleichzeitig zu Säuberungsaktionen. Wilde Exekutionen, Aktionen ohne jede rechtliche Grundlage, an Kollaborateuren und eine Konkurrenz der Résistance-Gruppen untereinander führten zu einer „Freiheit ohne Freude“. Gemeinsames Anliegen war es, Vichy aus dem öffentlichen Raum zu tilgen. Dazu schien ein radikales Zeichen von Nöten, welches man im Symbol der Guillotine fand. Ebenso radikal war dann auch das Vorgehen, rücksichtslos und brutal. Schnellverfahren sollten Fälle von Kollaboration rasch in den Schubladen verschwinden lassen und die Schwarzen Jahre (années noires) vergessen lassen. 20.000 junge Französinnen wurden für den Akt der sogenannten „horizontalen Kollaboration“ bestraft (collaboration horizontale) und dies zum Teil durch Personen, die sich selbst zum Teil erst im Nachhinein der Résistance zurechneten. (32 aout)

All dies geschah in der Hoffnung, so wieder die öffentliche, nationale Ordnung herstellen zu können. 55% aller internierten Personen wurden wieder freigelassen und 45% der Justiz übergeben. Allerdings gab es, anders als bei den Nürnberger Prozessen, keine juristische Definition für den Akt der Kollaboration.

In jedem Falle sollte Vichy einen Bruch mit der Vergangenheit bedeuten, über welchen sich eine Brücke der Kontinuität, dargestellt durch die Londoner Exilregierung unter de Gaulle, spannen sollte. Das Bild eines geschichtlichen Betriebsunfalls wurde in Frankreich bis in die 70er Jahre gepflegt. In Vichy steht daher kein Denkmal zur Erinnerung an diese Zeit. Stattdessen wurde der Blick auf die innere Versöhnung gerichtet. Nach den schändlichen Jahren der Besatzung besann man sich auf die Grande Nation und die Position im Kreis der Siegermächte. Trotz des nach der Landung der Alliierten aufgekommen Freudentaumels machten die verschiedenen Regionen Frankreichs während der Befreiung unterschiedliche Erfahrungen. Die Befreiung von West nach Ost brachte unterschiedliche Grade der Zerstörung mit sich. Während am 25. August 1944 de Gaulle ohne den Schutz der Siegermächte in Paris einziehen konnte, geschahen zeitgleich Massaker durch die Wehrmacht in Maillé und Oradour.

In der Fragerunde äußerte sich der Dokumentarfilmer Thilo Pohle zu Reaktionen auf seinen Film zum Massaker von Oradour. Der Vorwurf an ihn lautete bei Vorführungen: Wie könnt Ihr Deutschen es wagen, Franzosen ihre Geschichte zu erklären? Ein Augenzeuge und Überlebender der Erschießungen von Oradour sei noch 2012 wegen seiner Zeugenschaft verurteilt worden.

Auch die Situation von Kindern aus deutsch-französischen Beziehungen, stigmatisiert als „Kinder der Schande“, wurde thematisiert. Diese Familiengeschichten sind erst im Zusammenhang mit ihren Rentenansprüchen offen debattiert worden und weisen Parallelen zur Geschichte der Kinder von Zwangsarbeitern mit deutschen Müttern auf.

In Deutschland und Frankreich habe es in der Nachkriegszeit ähnliche Phänomene von verdeckter Traumatisierung, von dominierenden Narrativen, die Wunden überlagern, Prozesse des Verschweigens, selektiver Erinnerungen und eine heterogene Erinnerungslandschaft gegeben..

Natalja Paegle und Wadim Osipow aus Jekaterinenburg stellten ihr Projekt: „**Am anderen Ufer: Russlands Deutsche – aus der Vergangenheit in die Zukunft**“ vor. Im Rahmen des

deutsch-russischen Jahres 2012 wurden politische und gesellschaftliche Fragen, die bis heute für die Russlanddeutsche typisch sind, bearbeitet.

Die Geschichte der Volksgruppe der Russlanddeutschen beginnt mit dem Verlassen ihrer Heimat. Katharina die Große erlässt 1729 das Dekret über die Umsiedlung von Deutschen nach Russland. Im Süden des Kaukasus und am Ufer der Wolga werden Kolonien angelegt. In Folge der Revolution von 1917 entsteht die autonome deutsche Wolga-Republik, welche bis 1941 fortbesteht.

Das Projekt besteht aus eine Fotoausstellung mit vielen Portraits von Russlanddeutschen aller Berufsklassen. Bilder von Ärzten, Lehrern und Künstlern hängen neben einfachen Leuten und Bauern und zeigen das weit gefächerte Spektrum dieses Volkes, welches heute in zwei Staaten lebt. Dabei erleben Russlanddeutsche in Russland und in Deutschland unterschiedliche Identitätskonflikte. Zur Methode führte die Journalistin Paegle aus, dass sie sich seit 15 Jahren mit der Arbeiterarmee, in der alle Russlanddeutschen ab 1942 eingezogen wurden beschäftigt. Faktisch war diese Armee ein Arbeitslager für als Staatsfeinde abgestempelte Menschen. Der Fotoausstellung liegt daher die Frage zugrunde: Was geschah mit den Arbeitersoldaten, ihren Kindern und Kindeskindern?

In den 1990er Jahren fand eine große Migrationswelle von Russlanddeutschen nach Deutschland statt. Das Projekt fragt nicht nach den Gründen für die Auswanderung Richtung Deutschland, sondern zeichnet lediglich die Lebenswege der Menschen nach.

Ziel ist, „die versteckte Welt“ des Schicksals der Deportierten und der Russlanddeutschen in Russland sichtbar zu machen. Am Ende gibt es auch Erfolgsgeschichten von Russlanddeutschen in Russland und in Deutschland. So funktionierte etwa die Integration durch den Sport recht gut, jedoch hatte eine große Zahl der Menschen Probleme sich zu integrieren.

Auf die zahlreichen Fragen bezugnehmend erläuterten die Referenten darüber hinaus: „Wir wollten im Projekt von den Repressalien wegkommen, aber die Protagonisten zwangen uns immer wieder, zu diesen Geschichten zurück zu kommen.“ So berichtete eine Enkelin eines Arbeitslagerinsassen: „leicht hat es der Derjenige, der leicht vergessen kann“.

An der Uni Jekaterinburg kamen 200 Personen zur Filmvorführung, hauptsächlich Nachfahren, aber wir wollen diese Kreise erweitern. Das ist auch unsere „zivile Pflicht“, denn „das Thema ist nicht populär, war es nie, und auch wir sind nicht populär, aber Menschen, die diesem Thema ihr Leben widmen“.

Der Freitag stand unter der Überschrift: „**Zwischenkriegszeit – Übergänge – Neuanfänge: Zäsuren und ihre Darstellung in Museen und Ausstellungen**“ Die Frage wie kritisch und selbstkritisch Erinnerung an nationale Mythen und Überväter sein muss war Thema der ersten beiden Vorträge zu Józef Piłsudski und den Deutschen in Böhmen.

Im ersten Vortrag beschrieb Dr. Przemysław Wywiół „**Józef Piłsudski in der polnischen Erinnerung nach 1945**“. Piłsudski gründete die polnischen Legionen, wurde in der Feste Magdeburg gefangen gehalten und erst 1918 freigelassen, führte die polnische Armee gegen die Bolschewiken und Ukrainer an, starb 1935 und gilt seitdem als Symbol des polnischen Strebens nach Unabhängigkeit. Nach 1945 sollte diese Erinnerung aus dem gesellschaftlichen Gedächtnis getilgt werden, Straßen wurden umbenannt und Denkmäler entfernt. Die Erinnerung ließ sich jedoch nicht löschen nach 1956 wurden wieder Gedenktafeln in Kirchen aufgestellt. Ein Zitat von 1976 fasst die Stimmung unter den Mitgliedern der Legionisten Piłsudskis so zusammen: „...feierlich und traurig, denn wir sind so wenige, dass wir uns geheim treffen müssen.“ Um diese alten Menschen gruppierten sich zunehmend Studierende, Teile der Solidarność und sogar Unteroffiziere der polnischen Armee, sodass 1978 ein gemeinsamer Brief der Krakauer Kombattanten an die Autoritäten

geschrieben wurde. Es gehörte auch zur Tradition in Krakau den „Hügel des unbekanntem Marschalls“, so wurde er zu Zeiten des Verbots genannt, nachts heimlich zu säubern und herzurichten. Solche Hügel galten herausragenden polnischen Persönlichkeiten. Erst in der Solidarność-Zeit war es dann möglich, den Hügel offiziell zu pflegen. Ein anderes Beispiel ist das Wawel-Grab, welches 1954 mit Brettern vernagelt wurde. Die polnischen Bürger borten Löcher, um das Grab sehen zu können und legten Blumen vor dem Verschlag nieder. Der spätere Papst und damalige Bischof Wojtyła nahm ab den 70er an den Feiern der Legionäre teil.

Gefragt wurde der Referent: Ist die Erinnerung an Piłsudski weiterhin vorhanden? Gibt es auch kritische Aspekte in der heutigen Erinnerung? Etwa seine Haltung gegenüber polnischen Minderheiten? In der Öffentlichkeit werde er weiterhin wie eine Ikone behandelt. Seine Rolle nach 1926 werde nicht problematisiert.

Jan Šícha und Blanka Muralová stellten das Museumsprojekt aus Ústí nad Labem (Tschechien) vor: „**Unsere Deutschen – eine Ausstellung zur Geschichte der Deutschen in den böhmischen Ländern**“. In diesem Projekt wird die Geschichte der deutschsprachigen Bevölkerung in ganz Tschechien thematisiert, nicht nur derer, die in Nordböhmen lebten und deren Hauptstadt Ústí (Aussig) war. Die gemeinsame 800jährige Geschichte Böhmens und Deutschlands vor dem 2. Weltkrieg geriet in der kommunistischen Zeit in Vergessenheit. Ebenso die Mehrsprachigkeit der Gegend und der Beitrag, den Deutschland zur Entwicklung Böhmens leistete. Die Menschen waren vor dem Krieg zu 80-90% deutschsprachig und Ústí/Aussig eine liberale Stadt an deren Tradition man gerne wieder anknüpfen möchte. Die praktischen Erfolgsrezepte des Projektes waren gute Reklame durch internationale Konferenzen, was dieses Vorhaben bekannt machte, die Übernahme der Betriebskosten für das Museum durch die Stadt sowie die Finanzierung der Gebäuderenovierung durch europäische Mittel. Natürlich mussten auch Exponate gefunden werden, die den Fundus stellen sollten. Eine Konzeption wurde erstellt und dem Ministerium vorgestellt. In einem Architektenwettbewerb sollte die bestmögliche Lösung ermittelt werden. Die volle Unterstützung des Premierministers kam erst beim Besuch in Bayern in diesem Februar.

Wer sind „unsere Deutschen“? Diese Frage wird nicht mit einer ethnischen Definition entschieden. Die Sprache als erstes Kommunikationsmittel schließt hierbei Österreicher und Juden mit ein. Klar wird ebenfalls, dass Vergangenheit etwas ist, das nicht mehr existiert und die Arbeit an ihr erscheint vielmehr als offener Prozess denn als demokratischer. Einen Einblick in die Logik der Ausstellung erhält man, wenn man sich die verschiedenen Stationen auf dem Laufweg der Besucher vor Augen führt: A: Wer sind unsere Deutschen? Dazu gibt es Videointerviews und Exponate, B: Wo ist meine Heimat, mein Heimatland? Zwischen Romantik und Tourismus, C: 1848 Eine Barrikade aus deutschen und tschechischen Worten. Der Weg in den zweiten Stock der Ausstellung führt in die Jetztzeit, während die Entscheidung im ersten Stock zu bleiben, den Besucher gegen den Lauf der Zeit bis ins 13. Jahrhundert zurückführt. Mit diesen und weiteren reich visualisierten Materialien zeigten die Referenten nicht nur ihr inhaltliches, sondern auch das didaktische und museumspädagogische Konzept des Museums, das im nächsten Jahr eröffnet werden soll, sehr anschaulich auf. Wie die Vertreibung konkret dargestellt werden soll, wird noch diskutiert. „Wir erwarten Beschwerden von beiden Seiten. Unser Ziel ist, das Geschehen menschlich spürbar zu machen.“

Der Vortrag von Andrej Kalich zum Thema: „**Wie politische ist die Erinnerung? Zur aktuellen Lage in Russland**“ wurde von den aktuellen Ereignissen in Russland überschattet. Durchsuchungen trafen auch das Zentrum zur Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten in St. Petersburg, für das der Referent arbeitet.

Die Lage in Russland unterscheidet sich stark von dem, was wir heute gehört haben. Eine neue Etappe der Repressalien gegen die Zivilgesellschaft habe begonnen. „Wir stellen jeden Tag fest, dass es tatsächlich noch schlechter werden kann.“ Die Folgen des Totalitarismus werden nicht aufgearbeitet und der Gesellschaftsvertrag zerfällt. Es finde eine Zersplitterung statt, da es den Menschen an Solidarität mangelt. Aber, so Kalich, die Konsolidierung setze erst ein. In der Folge der Perestroika gab es eine erste wirtschaftliche Öffnung. Heute findet mit der zweiten Perestroika eine Veränderung von unten statt. Was ist seit der Protestwelle 2011 passiert? Es ging um die Würde der Menschen, die Verteidigung individueller Rechte, Freiheitsrechte, auch um Raumordnung innerhalb der Städte, also um gesellschaftliche Ziele. Auch ging es um die Relevanz einer Gesellschaft, die sich selbst zu Wort meldet, gegen die Privilegien einiger Weniger. Die außergewöhnlichen Demonstrationen vor der Duma sind nicht mehr zu übersehen oder zu ignorieren, gerade auch wegen neuer Medien wie „youtube“. 250 000 Menschen gingen auf die Straße und es handelte sich um Proteste gesellschaftlich relevanter Gruppen. Die Proteste gegen Wahlfälschungen, die dokumentiert und beweisbar sind, waren mächtig. Der Referent berichtet davon, gesetzeswidrig eines Wahlbüros verwiesen worden zu sein, als er die Auszählung der Stimmen zur Präsidentschaftswahl beobachtete.

Die Regierung bereitet restriktive Gesetze vor und die Zivilgesellschaft soll im Interesse der Staatsraison eingeschränkt werden. Aber es gibt keine klare Definition, was Staatsraison ist. Man spricht nebulös von einer Gefahr für die russische Sicherheit, was beliebig auszulegen ist. Das Interesse der Regierung ist es vielmehr, ausländische Hilfe für Zivilgesellschaft zu verhindern. Es gibt eine Welle von Repressalien gegen Zivilgesellschaft und Bürger, die demokratische Rechte und Unabhängigkeit einfordern: Hausdurchsuchungen, Verhaftungen in Moskau und St. Petersburg. Die Chancen auf demokratische Entwicklung werden geringer, Machthaber kappen Verbindungen, unterbinden Kommunikation. Im Gros der Bevölkerung sieht der Referent keine große Unterstützung.

Auf die Frage, wo die kritische Selbstbetrachtung der Opposition bleibe, räumte der Referent ein, dass die Selbstanalyse fehle. Andere Teilnehmer kritisieren, dass man es sich in Deutschland nicht so leicht mit kritischen Bemerkungen machen sollte, sondern dem Referenten und seinen Mitstreitern Mut wünschen für Ihre Arbeit wünschen sollte und ihnen Solidarität versichern sollte..

Als großes Problem wird aus dem Publikum auf den mangelnden Informationsfluss insbesondere in entlegenen Gebieten hingewiesen. Die Situation sei ganz anders als in Metropolen. Die Dorfbewohner hatten noch nie Telefon. Alles, was sich außerhalb der großen Städte und Informationswege stattfindet, findet nicht statt und da liegt die Chance der Machthaber: Sie können die Menschen gegeneinander ausspielen.

Die Vorträge zum Thema „**Katyń im Gedächtnis der Nationen**“ fanden in der Universität Wrocław in Kooperation mit dem Instytut Pamięci Narodowej (IPN, Institut für Nationales Gedenken) statt. Dr. Stanisław Bogaczewicz stellte die Arbeit des IPN seit 1998 kurz vor. Er nahm dann eine historische Verortung des Verbrechens von Katyń im Kontext des 2. Weltkrieges vor. Zwischen März und Mai 1940 wurden etwa 22.000 Gefangenen aus dem Bürgertum ohne Prozess umgebracht. Massenhaft seien polnische Soldaten zuvor in Gefangenschaft geraten, im Vertrauen auf die Einhaltung der Regeln für Kriegsgefangenen und mit einer gewissen Empfänglichkeit für die politischen Lösungen des Bolschewismus. Im Okt. 1941 wurden die Massengräber von Zwangsarbeitern entdeckt. Deutsche Ärzte stellten den Zeitpunkt der Morde fest, Stalin behauptete, es sei später und damit zur deutschen Besatzungszeit gewesen. Eine weitere Etappe der „Katyńlüge“ setzte ein als eine Ärztekommision der SU feststellte, dass die Morde erst 1941 stattgefunden hätten. Bis 1989

sei die Frage von Katyń im Westen verschwiegen worden, um die SU nicht zu verärgern. In Polen war es verboten, darüber zu sprechen. „Der Mord in Katyń ließ das Vaterland verwaist zurück.“

Dr. Anna Kaminsky stellte im zweiten Vortrag dieses Abends ein großes Publikationsprojekt der Bundesstiftung Aufarbeitung zu Gedenkorten von kommunistischen Verbrechen vor. Nachdem die Bundesstiftung bereits zahlreiche Gedenkortführer zu den Erinnerungsorten kommunistischer Opfer in Belarus, Russland, der Tschechoslowakei, der Ukraine und Ungarn herausgegeben hatte, widmet sich ein neu erschienener Band der Erinnerung an das Verbrechen von Katyń, als dem am meisten mit Denkmälern erinnerten Einzelereignis kommunistischer Verbrechen weltweit: **„Erinnerungsorte für die Opfer von Katyń“**. In den USA, Kanada, Australien und anderen Ländern waren Einweihungen der Gedenkorte von Interventionen der SU-Botschaften begleitet, die meisten Denkmäler gab es ab 1970. In Polen gab die staatliche Zensurbehörde 1975 einen Erlass heraus, dass die Kombination von 1940 und Katyń in Biographien/Grabsteinen/Todesanzeigen nicht genannt werden darf. 1981 wurde das erste offizielle Gedenkkreuz aus Holz mit der Aufschrift 1940 auf einem Friedhof in Warschau sofort wieder entfernt. 1981 erinnerte Polen offiziell zum ersten Male. Heute gibt es eine offizielle polnisch-russische Gedenkstätte im Wald von Katyń. Noch bis 1990 gab es dort ein Schild, das die Opfer von Katyń als Opfer der Nationalsozialisten darstellte. Nach 1990 entstanden viele Mahnmale in Polen, insb. in oder an Kirchen. In ganz Polen werden Gedenkeichen gepflanzt, mit dem Ziel für alle über 22000 Opfer eine Eiche mit Namensplakette versehen zu können. Die Formensprache dieses Gedenkens bedient sich im religiösen Kontext, etwa die Muttergottes von Katyń mit einem Sohn mit dem signifikanten Kopfschuss.

Zum Abschluss stellte Leszek Rysak eine besondere Form der Erinnerungskultur vor: Die **„Katyń Rides“**. Dabei handelt es sich um gemeinschaftliche Motorradfahrten über eine bis drei Wochen zu Orten, die mit dem Massaker von Katyń verknüpft sind. Wichtig ist den Organisatoren, das Bewusstsein für den Mord in Katyń weltweit zu schärfen. Bis nach Wilna, Lemberg und Moskau sind die Teilnehmer, deren Ausgangspunkt jedes Jahr das Denkmal des unbekanntes Soldaten in Warschau ist, seit 2001 gefahren. Auf ihren Fahrten möchten sie mit Polen in verschiedenen Ländern und allen Bewohnern der Erinnerungsorte ins Gespräch kommen. Messen vor Ort sind ein wichtiger Bestandteil der Fahrten.

Der letzte Tag des Gedenkstättenseminars stand unter dem Motto **„Forum historisch-politische Bildung: Projektpräsentationen“**. Wie bereits in der Präsentation des Museumsprojektes „Unsere Deutschen“ in Tschechien sollen hier neben Fragen der historischen Vermittlung und geschichtspolitischer Debatten auch praktische Hinweise zu Erfahrungen mit der Konzeption und Durchführung von Ausstellungen ausgetauscht werden. Insa Eschenbach stellte dabei **„Die neue Dauerausstellung der Gedenkstätte Ravensbrück“** vor, deren Eröffnung am 21.4.2013 kurz bevor stand. Tomasz Kizny präsentierte das Fotoprojekt **„Der große Terror 1937/38 – Bilder und Erinnerung“**.

Bei der neuen Dauerausstellung in der Gedenkstätte Ravensbrück werden 900qm auf zwei Stockwerken neu ausgestattet. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 5,2Mio €. Ziel der Ausstellung ist die Darstellung und Vermittlung der Geschichte von weiblicher Unterdrückung und Täterschaft sowie der Nachkriegsgeschichte des Lagers und seine Erinnerung in West und Osteuropa. Es bieten sich so verschiedene Nutzungsmöglichkeiten.

Der Einzelbesuche kann sich einen Überblick verschaffen, erhält aber auch viele Vertiefungsoptionen: 12 Videostationen, 33 Terminals und 22 Hörstation vermitteln 160 Häftlings- und 66 SS-Biographien.

Ihr methodisches Vorgehen charakterisierte die Leiterin der Gedenkstätte mit drei Begriffen: Kontextualisierung, Historisierung und Multiperspektivität. Indem gefragt wird, warum hier das Lager entstand oder wie es zu den verschiedenen Häftlingsgruppen kam, wird eine Sichtweise der Geschehnisse vor dem Hintergrund der „Neuordnung Europas“ durch die Nationalsozialisten und daraus folgenden menschenverachtenden Konzepten wie der „rassischen Generalprävention“, „vorbeugender Verbrechensbekämpfung“ und „Unterbindung fremdvölkischer Kontakte“ nötig. Historisierung heißt, zweitens, dass es um eine Vermittlung der Geschichte der Objekte gehen muss und auch konservatorische Problemstellungen aufgezeigt werden. Multiperspektivität wird darüber hinaus sichtbar, wenn die teilweise gegensätzlichen Erinnerungen an die Zeit in Ravensbrück und die Befreiung nebeneinander stehen dürfen. Es kann kein „Masternarrativ“ geben, denn die Quellen sind sehr unterschiedlich. So etwa die Fotos der SS von der Krankenstation und Zeichnungen von Häftlingen. Ein eindeutiges Bild des Krankenlagers gibt es nicht.

Auch bauliche Reste sollen als Quelle lesbar gemacht werden. Dabei ist die Maxime Konservierung nicht Restaurierung. Die Historizität des Gebäudes soll sprechen als Ort, an dem mörderisches Verwaltungshandeln praktiziert wurde.

Dabei gilt es auch vernachlässigte Narrative aufzugreifen: Etwa 800 weibliche Angehörige der roten Arme prägten die kommunistische Erinnerungstradition. Ausgeschlossen aus dem heroischen Narrativ sind die Zwangsarbeiterinnen. Aus der Erinnerung ausgeschlossen war auch das Jugendlager, dem das Stigma der Asozialität anhaftete. Eine weitere vergessene Häftlingsgruppe stellen Zwangsprostituierten.

Wichtig sei das Bewusstsein, dass jedes Narrativ wiederum Ausschlüsse erzeugt. „Auch wenn wir versuchen, Leerstellen zu füllen, ist die neue Ausstellung auch Produkt ihrer Zeit, Stand der heutigen Forschung“

In der Fragerunde wurde deutlich, mit welchen konkreten Problemen Gedenkstättenarbeit konfrontiert sein kann. Die Bevölkerung der Region um Ravensbrück hat teilweise wenig Verständnis dafür, dass europäische Mittel in die Gedenkstätte fließen, während die Infrastruktur der Region sehr schlecht ist.

Es wurde auch die Frage aufgeworfen, was es über unsere Gesellschaft aussagt, dass eine Frau mit einer frei erfundenen Geschichte als „Zwangsprostituierte“ über Jahre Aufmerksamkeit erreichen konnte.

Der abschließende Vortrag **„Der große Terror 1937/38 – Bilder und Erinnerung“** stellt ein Dokumentarprojekt vor, das den Opfern von 750.000 Erschießungen binnen 15 Monaten und von 800.000 Verschleppungen in Gulags gewidmet ist. Der Referent Tomasz Kizny stellte die drei Hauptelemente des Projektes vor. Diese sind Archivbilder, neue Bilder und Videos mit Zeitzeugeninterviews.

Auf den präsentierten Archivbildern sind Festgenommene zu sehen, die in Moskau vom NKPD fotografiert wurden. Menschen aus allen denkbaren Gruppen. Nach Auffassung der Täter verband sich die Vernichtung eines Menschen mit dem Versuch, auch die Erinnerung an ihn zu vernichten. Erst Anfang der 1990er kamen die Bilder wieder zum Vorschein. Auch audiovisuelles Material ist im Rahmen des Projektes entstanden. Gezeigt werden Originalfotos von Opfern, die mit audio-Infos zu deren Anklage und Verurteilung, Tötung unterlegt sind.

Die neuen Bilder sind zeitgenössische Aufnahmen der Tatorte und Massengräber auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion an etwa 120 Standorten, von denen 30 im Rahmen des Projekts besucht und bearbeitet wurden.

Das dritte Hauptelement bilden Gespräche mit Zeitzeugen, wie den Kindern der Opfer an etwa 40 Orten.

Nachfragen beantwortete der Referent zur Nachbearbeitung der Bilder aus den Archiven und seinen Zugangsmöglichkeiten zu Archiven. Dabei habe ihm Memorial sehr geholfen.

Die ethische Frage der Präsentation von Fotos, die Personen kurz vor Ihrer Erschießung zeigen, beschäftigt das Auditorium. Nimmt der Betrachter nicht automatisch den Blickwinkel der Verfolger ein und wie kann man damit umgehen? Könnte es nicht Nachfahren geben, die nicht möchten, dass Bilder so kurz vor dem Tod gezeigt werden? Der Referent hat keine Zweifel, dass diese Bilder gezeigt werden sollen. Von den Nachfahren erfahre er ausschließlich Dankbarkeit, dass er sich dem Thema annimmt. Die Irritation über die Perspektive des Henkers, die der Betrachter unweigerlich einnimmt, wird noch mehrmals geäußert. Die Menschen würden in einem Moment tiefster Erniedrigung gezeigt. Der Referent wendet ein: Die Opfer werden aus der Nichtexistenz, aus dem Vergessen hervorgeholt. Der Betrachter kann auch die Position des Mitfühlenden einnehmen.

Wie in jedem Jahr wurden auch 2013 wieder zahlreiche Kontakte zwischen Wissenschaftlern, „Aufarbeitern“ und Mitarbeitern von Gedenkstätten über alle Landesgrenzen hinweg geknüpft. Und in der Tat ist die internationale Vernetzung eines der wichtigsten Ziele der Kreisauer Gedenkstättenseminare. Wenn auch Sie Interesse haben, künftig an einem Gedenkstattentreffen in Kreisau teilzunehmen oder Ihre Gedenkstätte bzw. Ihr Projekt dort präsentieren möchten, sind Sie herzlich dazu eingeladen. Wenden Sie sich einfach an uns (E-Mail: buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de). Wir freuen uns über neue Kontakte zu Aufarbeitungsinstitutionen in Ost und West!